

Bezugpreis:

Monatlich in Neuenburg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbereich, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.50 mit Zustellgebühr. Preis freibleibend. Preis einer Nummer 10 Pf.

Veränderungen nehmen alle Zustellungen, sowie Änderungen und Übertragungen jederzeit entgegen.

Strofa Nr. 24 bei der Oberamts-Poststraße Neuenburg.

# Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Viefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Viefinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile über dem Namen 20 Pf., 10 Pf. und 5 Pf. je nach Ausdehnung. Die einseitige Zeile unter dem Namen 10 Pf., 5 Pf. und 2 Pf. je nach Ausdehnung. Die einseitige Zeile unter dem Namen 5 Pf., 2 Pf. und 1 Pf. je nach Ausdehnung. Die einseitige Zeile unter dem Namen 2 Pf., 1 Pf. und 0,5 Pf. je nach Ausdehnung.

Nr. 50

Montag den 2. März 1931

89. Jahrgang

### Nicht wieder den Fehler von 1928

Berlin, 28. Febr. Ueber die Präsidentschaft und Vorstandsschaltung des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Ueberseehandels gibt der Reichsverband nunmehr nähere Mitteilungen heraus, in denen u. a. auch die damals gemachten Ausführungen des Reichskanzlers Brüning wiedergegeben werden. Zur Reparationsfrage äußerte sich der Reichskanzler u. a. wie folgt:

Die Anfortsetzung der Reparationszahlungen stellt eine außerordentliche Belastung für die Finanzwirtschaft dar, die auch andere Kreditinstitute gefährdet. Deshalb aber ist auch die Frage eines Zahlungsaufschubes der Reparationszahlungen nur mit großer Vorsicht anzufassen. Sie ist keine Lösung des Reparationsproblems, sie kann vielmehr sogar die Lösung des Problems verbirgeln. Deshalb ist es notwendig, diese Frage im Kern nicht so sehr vom politischen als vom Standpunkt der Wirtschaft aus zu betrachten. Ich bin der Überzeugung, daß wir erst seit einem Jahr die Reparationszahlungen aus eigenen Mitteln anbringen. Vorher sind die Zahlungen nur auf Grund ausländischer Zusätze von Krediten geleistet worden, und das wirkte sich so aus, daß man allgemein annahm, daß die Reparationszahlungen für Deutschland und für den deutschen Haushalt eine Belastung seien. Aber jetzt, wo wir aus eigener Kraft die Zahlungen anbringen können, zeigt es sich auch für die Gläubigerländer deutlich, daß

#### nur durch einen Ausfuhrüberschuß

diese Zahlungen vorgenommen werden können, und je mehr diese Tatsache anerkannt wird, um so sicherer ist damit zu rechnen, daß wir an einem Wendepunkt in der Auffassung der Wirkung dieser Zahlungen seitens der Gläubigerstaaten kommen. Ich möchte dazu folgendes sagen:

Ich werde trotz aller Widerstände in der Reparationsfrage nicht wieder den Fehler des Jahres 1928 begehen, eine populäre Politik zu machen, dafür aber Dinge in den Kauf zu nehmen, die viel schlimmer sind als das, was wir vorher hatten. Noch einmal denselben Fehler zu machen, kann uns vieles an politischer Arbeit in verklärter Form kosten, und das wäre ein solcher Rückschritt gegenüber dem bisherigen Zustand, daß dies kein verantwortungsbewushter Staatsmann auf sich nehmen kann.

### Dr. Luther und die Währung

Leipzig, 1. März. Auf einem Presseabend der Leipziger Messe ergriff heute abend Reichsrentenpräsident Dr. Luther das Wort zu längeren Ausführungen. Er wandte sich einleitend gegen die politische Anschuldigung des neuen Reichskredit und der Beteiligung französischer Banken daran und sagte, es handle sich bei diesem Reichskredit um einen höchst unkonventionellen Vorgang, der in normalen Zeiten überhaupt nicht beachtet worden wäre.

Zur Arbeitslosenfrage erklärte Dr. Luther, bei annähernd 5 Millionen Erwerbslosen werde kein Mündiger behaupten, daß Deutschland über dem Berg sei. Deshalb handle es sich an erster Stelle immer noch um die tatkräftige Fortsetzung des inneren Reformwerkes sowohl in Form einer unmittelbaren Sparleistung, wie durch Vereinfachung und Schlagkräftigkeit des gesamten Staats- und Verwaltungsorganismus. Wie es aber auch weitergehen möge, aus der bisherigen Entwicklung müsse sich ergeben, was das Reich seit einem Jahre in der Ordnung seiner Finanzen geleistet habe. Eine richtige und gerechte Beurteilung erfordere die Hervorhebung der Tatsache, daß sich in diesem Jahre schwerer Not der Schuldenstand des Reiches zwar um etwa 500 Millionen RM., aber doch eben nur um diese 500 Millionen RM., erhöht habe und dabei die schwebende Schuld in ihrer Höhe unverändert geblieben sei. Die Vermögens- und Ueberanglichkeiten im Ausland sollten sich vor allem diese Leistungen des deutschen Volkes vor Augen halten. Dann würde man zu richtigen Schlussfolgerungen kommen.

Der Reichsrentenpräsident, fährt Dr. Luther fort, müsse deutlich sprechen. Die gegenwärtige Not habe ihren Grund nicht in Mängeln der Währung, wie die Pläne, die darauf ausgehen, durch Währungsexperimente die Vertikung zu versuchen, seien nichts anderes als Wege zur neuen Inflation. Die Nachmittel der Reichsbank seien zur Verdringung einer Inflation durchaus genügend. Der Währung, so erklärte Dr. Luther, drohen keine Gefahren. Nur die andere Gefahr kann drohen, daß zum Schutze der Währung Maßnahmen ergriffen werden müssen, die das Wirtschaftsleben und die allgemeine Not noch vergrößern.

### Der Kampf ums Mittelmeer

Die Öffentlichkeit wurde durch die sensationelle Nachricht überrascht, daß der englische Außenminister Henderson nach Paris und Rom gereist sei, um in der Notizfrage endlich eine Einigung zu erzielen. Selbstverständlich muß diese Reise als eine Vorstufe der kommenden Abrüstungskonferenz betrachtet werden. Es handelt sich natürlich nicht nur um das Abrüstungsproblem, sondern auch um die Frage: Wer soll in Zukunft der Herr des Mittelmeeres sein, und auch, wie soll man Afrika, nachdem Deutschland bekanntlich einfach übergeben wird, am besten aufteilen.

Im Mittelmeer schneiden sich, wenn man den italienisch-französischen Konflikt in Malta ausschaltet, vor allem die französisch-italienischen Interessen: Frankreich hat genügend Rohstoffe, aber zu wenig Menschen und Italien besitzt zu wenig Rohstoffe, aber mehr als genügend Menschen. Dazu kommt noch, daß Mussolini mit allen Mitteln das Wachstum der italienischen Bevölkerung fördert. So sind nun die fruchtlichen Schwelern aus verschiedenen Gründen zur Kolonialpolitik gezwungen.

Die Ansprüche Italiens auf das Mittelmeer geben auf die Versprechungen zurück, die ihm die Alliierten bei seinem Eintritt in den Krieg machten. Man versprach u. a. den ganzen Südrand von Kleinasien mit Smyrna, das man zum Freibesen machen wollte. 1917 beschloß man, daß England, Frankreich und Italien gemeinsam das „Mittelmeergebiet“ besetzen werden.

Italien hat aber im ganzen nicht soviel erhalten, als man ihm versprach. Südslawien verwehrt ihm den Albenberg der Adria. Dafür schuf es sich in Albanien einen wirksamen Block gegen Groß-Serbien.

Noch größer aber war die Enttäuschung über die Behandlung der Afrikafrage. Vor allem erbebt bekanntlich Italien Ansprüche auf Tunis, in dem Frankreich herrscht. Es verweist darauf, daß seine Bevölkerung dort unüberwindlich wachse und jährlich um 500 000 Italiener zunehme. 1882 zählte man in Tunis nur 2 Millionen, 1925 dagegen 40 Millionen Italiener! Man weiß aber, daß Italien noch mehr als nur Tunis will.

Der Kampf geht aber nicht nur um das Mittelmeer, sondern auch um Afrika. Man versprach u. a. auch im Jahre 1915 den Italienern, daß, wenn England und Frankreich ihren afrikanischen Kolonialbesitz auf Kosten Deutschlands erweiterten, auch sie nicht leer ausgehen sollten. Bis jetzt aber verfiel England auf eigene Faust einen neuen englischen Block im ehemaligen Deutsch-Ostafrika zu schaffen. Man machte bekanntlich Italien, das sich hier sehr benachteiligt sah, den entscheidenden Vorstoß in das Ostafrika von Kufra, um von der Sahara aus nach Afrika einzudringen. Es will sich in Afrika ein neues Kolonialreich erobern.

Die ganze Entwicklung führte bis jetzt zu einem angestrengten Wettrüsten zwischen Frankreich und Italien. Allgemein hört man schon die Behauptung, daß dieser große Konflikt, der in seinem gegenwärtigen Ausmaß eigentlich erst durch Versailles heraufbeschworen wurde, nicht mehr mit diplomatischen Mitteln zu bereinigen sei. Alle Abrüstungspläne scheiterten bekanntlich an der Notwendigkeit, die Italien seiner lateinischen Schwester gegenüber forderte.

Dah sich eine Wendung anbahne, verriet dem aufmerksamen Beobachter die letzte Rede Mussolinis. Er betonte, daß Italien nicht an Menschenüberfluß leide, sondern vielmehr noch mehrere Millionen heberbergen könne. Auch die wiederholten Friedensbedenkungen des Diktators waren nicht ohne Absicht. Wie man jetzt vernimmt, soll Italien den Gedanken der Notwendigkeit aus Gründen der Realpolitik aufgeben haben. Jedenfalls gewinnt jetzt das diplomatische Spiel zwischen London-Paris-Rom an Bedeutung.

### Zollunion mit Oesterreich?

Berlin, 28. Febr. Am Sonntag abend tritt der Reichsaussenminister Dr. Curtius in Begleitung mehrerer Dolmetscher seines Amtes und der Reichskanzlei die schon seit langem geplante Reise nach Wien an. Leider kann der Reichskanzler an dem Besuche nicht teilnehmen, weil er mit Kläden auf unsere innerpolitischen Verhältnisse gerade in den nächsten Tagen sich beschäftigen muß, um jederzeit mit den Parteien verhandeln zu können.

Die Reise selbst ist nach außen hin als freundschaftlicher Besuch aufgezogen. Der Außenminister wird mit seinen Begleitern seinem österreichischen Kollegen, dann dem Bundeskanzler und später dem Bundespräsidenten Besuche abstatten. Er wird verschiedene Lebenswunderlichkeiten in Wien und Umgebung beschließen und nach drei Tagen wieder nach Berlin zurückkehren.

Wiel wichtiger ist dagegen, worüber man sich bei den verschiedenen Zusammenkünften unterhalten wird. Das handelspolitische Momente augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehen, geht allein schon aus der Teilnahme des Ministerialdirektors Ritter, der die handelspolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes leitet, hervor. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Wiener Besuch den Zweck haben soll, um einen Gedankenaustausch über eine deutsch-österreichische Zollunion herbeizuführen. Beide Teile stehen einer Union immanenbisch gegenüber. Allerdings wirken die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich gerade nicht günstig auf diesen Plan ein. Trotzdem darf man gespannt sein, welche Verhandlungen über die Zollunion und ein wirtschaftliches Zusammenarbeiten beider Staaten auf handelspolitischem Gebiet in den nächsten Tagen getroffen werden.

### Stegerwald rechtfertigt seine Lohnpolitik

Im Haushaltsausschuß des Reichstages nahm am Samstag Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald bei seinem Etat das Wort, und zwar zu drei großen Fragen, zur Arbeitslosenfrage, zur Frage der amtlichen Lohnpolitik und des Schlichtungswesens und zur gegenwärtigen Verfassung der Sozialversicherung. Es seien, so führte der Minister aus, von den verschiedensten Seiten die verschiedensten Vorschläge gemacht worden. Alle diese Vorschläge enthielten einen gesunden Kern, aber keines Erachtens sei generell keiner durchzuführen. Am umfassendsten gehe seiner Ueberzeugung nach das Sanierungsprogramm der Reichsregierung an die Dinge heran. Sein Ziel sei, unter allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand zu bringen, Sicherheit und Vertrauen und damit die Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik zu schaffen. Das seien natürlich Aufgaben, die nicht von einem Tag zum andern gelöst werden könnten. Bis dahin könne man selbstverständlich nicht die Arbeitslosen ihrem Schicksal überlassen. Wenn überhaupt, so dürften Subventionen nur in den seltensten Ausnahmefällen vertretbar sein, wo Interessen des ganzen Volkes auf dem Spiele ständen.

Er könne nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß eine schematische Arbeitszeiterhöhung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft viel erreichen könne und daß man ohne Nebenproduktion den Lebensstandard des deutschen Volkes aufrechterhalten könne. Das sei aber nicht sein letztes Wort über die Arbeitszeiterhöhung. Nach der volkswirtschaftlich praktischen Seite hin stand die Reichsregierung im September 1930 vor der Frage: Was ist bei unserer Gesamtanlage gegenwärtig das Primäre: die Senkung der Gestehungskosten oder die Einführung einer verkürzten Notarbeitszeit? Die Reichsregierung sah aus außen- und innerpolitischen Gründen die Senkung der Gestehungskosten als das Primäre an. Dabei konnte keine Regierung, möchte sie ansetzen wie sie wollte, an der Lohnfrage vorbeigehen. Bei der Erörterung dieser Frage habe er sowohl das Verhalten auf die Kaufkrafttheorie wie auch eine allgemeine Lohnkürzung von 20-25 Prozent für falls. Die Kaufkrafttheorie habe nicht verhindert, daß es auch in Amerika zu einem wirtschaftlichen und in Australien zu einem finanziellen Zusammenbruch kam. Andererseits ist bei der wirtschaftlichen Gesamtsituation Deutschlands ein allgemeiner Lohnabbau von 20-25 Prozent kein Alibi für die deutsche Volkswirtschaft. Wenn die Regierung davon ausgegangen wäre, daß die Senkung der Gestehungskosten das Primäre ist, so könne sie jetzt nicht plötzlich von diesem Kurs abweichen und sagen, jetzt sei das Primäre die Arbeitszeiterhöhung. Das würde praktisch zu einem Lohnabschub führen. Bis zum 1. April müsse ein harter Kurs gehalten werden. Bis dahin seien etwa 80 Prozent aller Tarife erneuert. Nachher werde es Sache der Regierung sein, zu überlegen, ob nach auf ein letztes Hilfsmittel, nämlich auf die gesetzliche Arbeitszeiterhöhung zurückgegriffen werden müsse, falls bis dahin das Arbeitslosenheer nicht wesentlich vermindert worden sei. In einem Zeitpunkt, wo man die Lohnpolitik im Interesse der Arbeitslosenversicherung vom Reichsdat abhänge, die Steuern für die breiten Massen erhöhe und Lohnkürzungen durchgeföhrt werden, gehe es nicht an, gleichzeitig die Arbeitnehmer des letzten Lohnpolitischen Schusses zu berauben. Der Minister verbeistete sich dann noch über die Lage der Sozialversicherung, insbesondere der Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung.

Im der Ansprache erob Abg. Grafmann (Soz.) Bedenken gegen eine Reihe von Maßnahmen, die die Regierung in letzter Zeit erwogen hat. Die Vollzeiterörungen würden zu starken Einschränkungen unseres inländischen Exportes führen. Abg. Thiel (D. Vp.) betonte, im großen und ganzen könne die Deutsche Volkspartei dem Reichsarbeitsminister zufrümmen hinsichtlich seiner Beurteilung der Lage und der Wege, die aus der Krise führen müssen. Abg. Dr. Brann (P.) wandte sich dann in entscheidender Weise gegen die Parole „Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnote“, die von verschiedenen Unternehmerverbänden, insbesondere vom Hansabund, in letzter Zeit ausgerufen werde. Wenn wir diesem verwerdlichen Wahlbruch jetzt folgen wollten, dann würden wir in kürzester Frist mitten im Bürgerkrieg stehen, dann würden alle staatlichen Bande sich lösen und das Chaos würde uns unmittelbar bevorstehen. Der Redner glaubte im Gegenteil, daß die Erhaltung unseres Staatwesens trotz aller Stürme der Zeit nur möglich gewesen sei, weil wir die Sozialpolitik gehabt haben und weil sich große Teile unseres Volkes, insbesondere die Arbeitnehmerschichten, deshalb positiv zum Staat einstellen konnten. Auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung müßten schnellstens durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Auch in der Bemessung der Arbeitszeit und einer Verteilung von Arbeit auf die vorhandenen Arbeitskräfte. Der Redner wies darauf hin, daß die Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosenfrage hoffe, bis Oetern der Regierung und der Öffentlichkeit bestimmte Vorschläge unterbreiten zu können. Aber dann müsse auch die Gesetzgebung diesen Vorschlägen schnellstens folgen. Es dürfe kein langsame Feilschen beginnen, auch keine endlosen Beratungen der Parteien und Organe der Gesetzgebung geben.

### Das russische Dumping im franz. Senat

Paris, 27. Febr. Im Senat brachte gestern der Senator Cavillon eine Interpellation über das russische Dumping ein. Cavillon, der selbst einer der größten Leinen- und Nischindustriellen Frankreichs ist, führte aus, die Sowjets hätten eine Offensive gegen die französische Leinenindustrie unternommen. Er verlangte Einigung aller europäischen Länder gegen Rußland, da man sich ihrer Unverträglichkeit wegen mit den Sowjets selbst nicht verständigen könne. Auch der Senator Le Troquer verlangte eine Einigung aller europäischen Staaten gegen Rußland.

## Kreistagswahlen in Braunschweig

**Braunschweig, 1. März.** Die Kommunalwahl im Lande Braunschweig ist, soweit sich bis zum frühen Nachmittag überlegen läßt, ruhig verlaufen. Von Zwischenfällen liegen keine Nachrichten vor.

**Braunschweig, 1. März.** Im Kreise Helmstedt wurden zur Kreistagswahl abgegeben für die Sozialdemokraten 15967 Stimmen (bei der Reichstagswahl 1930 17538 Stimmen) Nationalsozialisten 12267 (11921), Kommunisten 2474 (2091), Nationale Front der Deutschen 2990 (Deutschnationale 2855) Mittelstandsliste 4911.

Im Kreise Minden erhielten die Sozialdemokraten 12955 Stimmen (14225), Nationalsozialisten 7677 (7218), Kommunisten 2035 (1500), Nationalsozialistische Einheitsliste 4000, Nationale Mittelstandsliste 1629 Stimmen.

Im Kreise Ganderheim erhielten die Sozialdemokraten 13915 (letzte Reichstagswahl 15122 Stimmen), Nationalsozialisten 8541 (7047), Kommunisten 1038 (950), Nationalsozialistische Einheitsliste 4085 Stimmen.

Im Kreise Blankenburg erhielten die Sozialdemokraten 7029 (letzte Reichstagswahl 8419), Nationalsozialisten 5730 (5581), Kommunisten 3198 (3431), Bürgerliche Einheitsliste 4293, Deutsche Staatspartei 370 Stimmen.

Im Kreise Wolfenbüttel erhielten die Sozialdemokraten 15574 (letzte Reichstagswahl 18760 Stimmen), Nationalsozialisten 14021 (16706), Kommunisten 3590 (3244), Nationale Front der Deutschen 4940 (Deutschnationale 2979), Nationalsozialistische Arbeitsgemeinschaft 5550 Stimmen.

**Braunschweig, 1. März.** Das Endergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der Stadt Braunschweig ist folgendes: Sozialdemokraten 37672 (1928: 44833), Nat.-Soz. 27040 (3814), Kommunisten 12236 (4324), Deutsche Staatspartei 1427, Reichspartei der nationalen Mitte 154, Mittelstandsliste 6206, Deutschnationale 4471, Nationale Einheitsliste 7924. Bei der letzten Reichstagswahl 1930 erhielten: Sozialdemokraten 41621, Nat.-Soz. 25252, Kommunisten 8828, Deutsche Staatspartei 2068, Deutschnationale 4998.

**Braunschweig, 1. März.** Zur Vergleichung mit den für die Landtagswahl im September 1930 abgegebenen Stimmen können von den heutigen Ergebnissen der Kommunalwahlen nur die der Sozialdemokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten herangezogen werden. Dies ergibt nach unserer Berechnung folgendes Bild: Im ganzen Wahlbezirk Braunschweig wurden heute abgegeben für die Sozialdemokraten 113 114 (gegenüber 126 972 bei der Reichstagswahl 1930) Stimmen, Nationalsozialisten 85 079 (83 398), Kommunisten 26 251 (21 317) Stimmen. Die anderen Wahlschlüssel für die Kreistagswahlen können zum Vergleich nicht herangezogen werden.

### Die Verteilung der Sitze.

**Braunschweig, 1. März.** Die Sitze in der neuen Stadtverordnetenversammlung verteilen sich nach vorläufiger Berechnung wie folgt: 11 Sozialdemokraten, 10 Nationalsozialisten, 4 Kommunisten, zusammen 7 Sitze der Mittelstandsliste, der Deutschnationalen und der Nationalen Einheitsliste. Das Stärkeverhältnis ist also 18 Sitze zu 17 Mandaten.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten Sozialdemokraten 19, Kommunisten 1, Demokraten 1, Nationalsozialisten 1 Sitz, Volkspartei 1 und die bürgerliche Einheitsliste 12 Sitze.

Bei der Wahl hatten von 115 500 Wahlberechtigten 97 124 das Wahlrecht ausgeübt. Das bedeutet eine 84prozentige Wahlbeteiligung.

## Ausflug zur Leipziger Frühjahrmesse 1931

Über 9000 Aussteller.

Das Reichamt teilt mit: Die Leipziger Frühjahrmesse, die große Kundgebung des Lebens- und Arbeitswillens der deutschen Wirtschaft, beginnt Samstag den 1. März. An der Messe werden insgesamt 9017 Ausstellerräume zu vernehmen, darunter 1161 aus 27 Auslandsstaaten, ein Hinweis auf die einzigartige Bedeutung der Leipziger Messe für den internationalen Güterverkehr. Hierbei erscheinen erstmalig mit eigenen Kollektivausstellungen Norwegen und Finnland.

## Kürzung des Heeres-Etats

**Genf, 28. Febr.** Ein wichtiger Teil des Abrüstungsproblems ist in der heute zu Ende gegangenen Tagung der Vorkonferenz der Sachverständigen bearbeitet worden, die unter dem Vorsitz

des französischen Armeekontrollieurs Jacomet vom 5.—28. Februar auf die ihnen von der Abrüstungskommission überwiesenen Fragen nach der Möglichkeit der Rüstungsbeschränkung auf dem Wege über das Budget in einem etwa 90 Seiten langen Bericht geantwortet haben.

Die Sachverständigen sind zu dem Schluß gekommen, daß die Methode der budgetmäßigen Begrenzung der Rüstungen sehr wohl durchführbar sei, wenn sie loyal angewendet werde. Sie haben ein Modellbudget für Rüstungsausgaben ausgearbeitet und das Prinzip aufgestellt, daß als Grundlage für die Begrenzung nicht die Budgets, sondern die tatsächlichen Ausgaben auf Grund eines vierjährigen Durchschnitts angenommen werden sollen.

Für alle zweifelhaften Fälle leben die Experten als Ergänzung eine vollständige Publizität vor, und sie legen in ihrem Bericht die sämtlichen Vorzüge und Nachteile des Systems eingehend und objektiv dar. Aber Weisheit letzter Schluss ist, wie gesagt: Wenn die Regierungen aufrichtig wollen, können sie die Rüstungen auch auf diesem Wege beschränken.

## Die Flottenverhandlungen zu Ungunsten Frankreichs?

**Rom, 28. Febr.** Die römischen Flottenverhandlungen wurden gestern bis in die späte Nacht hinein fortgesetzt. Nach dem Bankett auf der italienischen Botschaft, an dem neben Mussolini und den englischen und italienischen Ministern auch Senator Marconi teilnahm, fand noch eine längere persönliche Aussprache zwischen Mussolini und Henderson statt. Heute früh wurden die Sachverständigenbesprechungen im Palais Cigi fortgesetzt. Um 10 Uhr wurden Henderson und Alexander vom König und der Königin von Italien in besonderer Audienz empfangen. Dieser Besuch im La Trinita hat keine politische Bedeutung. Er ist ein reiner Höflichkeitsspektakel. Unmittelbar darauf hatte Grandi eine neue Besprechung mit Henderson im Auswärtigen Amt.

Unmittelbar nach der Audienz Hendersons und Alexanders nach Paris wird heute mittig amtlich mitgeteilt, daß als Ergebnis der Flottenverhandlungen ein grundsätzliches Abkommen über die auf der Londoner Konferenz offen gebliebenen Fragen erzielt worden ist. Das Abkommen wird der französischen Regierung unterbreitet werden. Zu diesem Zweck reisten Henderson und Alexander nach Paris. Wenn die französische Regierung ihre Zustimmung gibt, wird das Abkommen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Japan und den britischen Dominions zugestellt werden.

Der Vorkonferenz des amtlichen Communiqués, mit dem das Ergebnis der Flottenverhandlungen in Rom bekanntgegeben wird, läßt durch seine verklausurierte Form darauf schließen, daß Italien nicht das zwischen Henderson und Grandi vereinbarte Abkommen ohne weiteres unterzeichnet hat. Es scheint vielmehr, daß Mussolini und Grandi von Frankreich Forderungen verlangen, die den Wert der in Rom zustande gekommenen Einigung sehr beeinträchtigen dürften.

## Das französisch-italienische Flottenkompromiß

**Paris, 1. März.** Nach einer in der Morgenpresse veröffentlichten Agenturmeldung aus Rom sollen die Bedingungen des gestern zwischen den englischen und den italienischen Flottenfachverständigen verhandelten Flottenkompromisses wie folgt lauten: 1) Frankreich wird gegenüber Italien in der Gesamttonnage eine Überlegenheit bewahren. 2) Italien wird in der Kategorie der Torpedobootzerstörer und der leichten Kreuzer eine etwas höhere Tonnage erhalten als Frankreich. 3) Frankreich wird in der Kategorie der U-Boote eine ziemlich beträchtliche Überlegenheit gegenüber Italien erhalten. 4) Frankreich darf einige seiner großen Schlachtschiffe modernisieren mit dem Vorbehalt, daß diese für den Dienst zwischen dem Rattterlande und den französischen Kolonien in U-Booten Verwendung finden. 5) Hinsichtlich der 10 000 Tonnuren-Kreuzer sollen sich Frankreich und Italien gleichsetzen. 6) In der allgemeinen Kategorie der Hilfschiffe soll Frankreich eine leichte Überlegenheit gegenüber Italien erhalten.

## Russland-Reise der deutschen Industriellen

**Moskau, 28. Febr.** Die deutschen Industriellvertreter, die auf Einladung des obersten Volkswirtschaftsrates die Sowjetunion besuchten, trafen heute in Moskau ein. Der Zug lief

pünktlich ein, was als besondere Aufmerksamkeit gelten kann. Die Delegation bleibt bis Donnerstag in Moskau, um Verhandlungen abzuhalten und Besichtigungen vorzunehmen. Danach wird Leningrad, vielleicht auch Charkow, besucht.

Das Organ der Wirtschaft, „Industrialisazja“, appelliert anlässlich des heutigen Besuchs an die deutschen Wirtschaftsvertreter, sich der Kampagne gegen den Sowjetexport nicht anzuschließen. Die Sowjetunion hätte 1930 eine positive Handelsbilanz und eine noch erheblicher größere Passivität der Zahlungsbilanz gehabt. Dabei müßte die Sowjetunion eben die Ausfuhr forcieren. Die „Industrialisazja“ hofft, daß die tariflichen, administrativen und propagandistischen Erbschwörungen des Sowjetexports nach Deutschland beseitigt werden. Sie hofft ferner, daß die deutsche Industrie die Verkaufsbedingungen erleichtern, sowie die Kredite erweitern werde.

Diese erwähnten Sowjetwünsche sind nicht neu. Es muß aber beachtet werden, daß die gegenwärtige Delegationenreise, die auf Initiative und Einladung von Sowjetsseite erfolgt, nur informativem Zweck hat. In der methodischen Behandlung des Sowjetgeschäfts, wofür der Schwerpunkt in Berlin bleibt, sind Veränderungen nicht geplant. Allenfalls könnten die bisherigen Besprechungen eine bestimmte Ueberbrückung über den planmäßigen Gesamtsitz während des nächsten Wirtschaftsabschnitts an dem Sowjetindustrienausschuss ergeben und damit für deutsche Lieferungen nach Rußland im Rahmen der russischen Kredit- und Zahlungsfähigkeit eine stabilere Grundlage schaffen.

## Schwere Niederlage Mac Donalds bei der Beratung der Gewerkschaftsvorlage

**London, 28. Febr.** Die Regierung Mac Donald hat vorgestern im Unterhaus eine sehr schwere Niederlage erlitten. Im parlamentarischen Komitee wurde nämlich ein liberaler Antrag mit 37 gegen 31 Stimmen angenommen, der die bestrittenen Gewerkschaftsvorlage für das Arbeiterkabinett praktisch wertlos macht. Der Antrag ändert die Bestimmungen der Vorlage derart, daß jeder Streik oder jede Aussperrung als widerrechtlich betrachtet wird, falls dadurch die Gesundheit und die Sicherheit des Gemeinwesens — sei es durch Unterbrechung der Nahrungsmittelverteilung oder der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Brennstoffen, Licht und anderen Lebensnotwendigkeiten — gefährdet wird. Er macht also den Generalstreik praktisch unmöglich. Die Regierung wird die Vorlage nunmehr zurückziehen.

## Die Verhandlungen Gandhi

**Delhi, 28. Febr.** Die Verhandlungen zwischen dem Maharaja und Gandhi haben ein kritisches Stadium erreicht. Der Arbeitsausschuß des allindischen Kongresses hat nach dreitägiger Beratung die Vorschläge Lord Irwins an Gandhi als unannehmbar bezeichnet. Damit sind die Aussichten auf einen Friedensschluß zwischen der englischen Regierung und dem allindischen Kongress gefährdet. Man hofft jedoch, daß es vielleicht noch gelingen wird, eine „Formel“ zu finden, durch die ein Kompromiß herbeigeführt werden kann.

## Hochwasser verursacht Dammbrechung

**Schneidemühl, 28. Febr.** Das Tauwetter, das am Donnerstag einsetzte und ein Regen von ständiger Dauer haben ein starkes Steigen des Hochwassers der Nepe und der Raddow zur Folge gehabt. Ueberall treten die Fluten über die Ufer, durchbrechen die Dämme, überflutet weite Acker und Wiesenflächen und dringen in die Dörfer ein. Die Landstraßen wurden verheerend so stark beschädigt, daß der Verkehr eingestellt werden mußte. Auf der Bahnhofsbrücke Schöeritz-Pritsch sind die Schienen unterquilt worden. Großflutungsmanövern werden aus dem Kreise Deutsch-Krone und dem Regener Kreis gemeldet. Ueberall stehen die Keller unter Wasser, sodaß die dort gelagerten Kartoffeln unbrauchbar werden. Aus dem pommerischen Kreise Neu-Stettin werden zahlreiche Erdstöße gemeldet, die zur Folge hatten, daß die Straßen stellenweise ein Meter hoch mit Sand und Schlammmassen bedeckt sind. Die Winterkornen sind hier durch die Fluten und durch die fortgerissenen Schlammmassen vollkommen vernichtet worden. In Schneidemühl selbst hat das Hochwasser einen größeren Umfang angenommen als bei der letzten Hochwasserflut. Das Hochwasser der Raddow erreicht die Gegend der Provinzialverwaltung und die Kirchen der Stadt.



Roman von Sven Adelon.

**7. Fortsetzung.**

Junack erzählte er, daß er in einem unbewachten Augenblick seiner Haus aufgesucht habe, daß das Versteck unter dem Parkettboden aber ertrunken und der Koffer nicht mehr zu finden gewesen sei. Er tröstete Vera damit, daß ich im Ausland sicher Mittel zur Verfügung hätte, und daß schon alles gut werden würde, wenn ich nur erst fertig käme. Und gerade von mir kam er Gutes berichten.

Die Vorbereitungen zu meiner Flucht seien jetzt so weit gediehen, daß ich vielleicht schon am nächsten Tage der Tscheta entkommen könne. Dann würden wir mit Hilfe eines falschen Passes über die Grenze reifen.

Vera, die ihm jedes Wort glaubte, antwortete, daß der Pass natürlich auch mit einem Blide versehen sein müsse. Sie nahm mein Bild aus dem Medaillon und gab es Gromow. So kam er in den Besitz dieser Aufnahme. Später verließ er dann darauf, dieses Bild zusammen mit der falschen Meldung von Veras Tod an meine Mutter zu senden.

Am nächsten Tage suchte er Vera wieder auf und erzählte, daß ich mit seiner Hilfe aus der Tscheta geflohen sei und mich gleich in den Zug nach Petrograd begeben hätte. Vera war vor Freude über meine Befreiung ganz fassungslos, aber gleichzeitig trankte es sie tief, daß ich nicht sofort zu ihr gekommen war. Gromow tröstete sie indes damit, daß meine plötzliche Abreise auf Anordnung des Tscheta-Angestellten vor sich gegangen sei, der meine Flucht möglich gemacht habe. Dieser Mann, dessen Name Gromow zu vermeintlichen versprochen hatte, habe die Bedingung gestellt, daß seine Anweisungen auch nach meiner Flucht aus dem Gefängnis genau befolgt würden, bis ich endlich wohlbehalten jenseits der Grenze sei. Mir habe man außerdem mitgeteilt, sagte Gromow, daß sie sich wohl behalten und in bestem Schutze befände.

Am nächsten Tage erhielt Vera, die als Vera Gromow im Hotel wohnte, eine Drahtnachricht aus Petrograd. Triff mich Hotel Fennia Delsingfors, Boris. Am Tage darauf kam Gromow, oder richtiger Volkow, wieder zu Vera. Sie wußte nämlich noch nicht, daß er einen anderen Namen angenommen hatte. Er brachte ihr eine Fahrkarte nach Petrograd, Reisegeld und einen Auslandspass, der auf den Namen Vera Gromow lautete. Am selben Abend reiste sie nach Petrograd und fuhr gleich nach Finnland weiter. Mit Hilfe des falschen Passes kam sie ungehindert über die Grenze und suchte in Delsingfors das

Hotel „Reuila“ auf, das ihr in der Depesche genannt war. Die Nachricht aus Petrograd war natürlich eine Fälschung Gromows.

Jetzt wartete Vera in Delsingfors von Tag zu Tag vergebens auf meine Ankunft.

Inzwischen war ich ohne Gromows Wissen wirklich aus der Tscheta entkommen und hatte ihm sehr leicht eine höchst unerwartete Ueberführung bereiten können, wenn ich an jenem Abend in Maruffas Haus aus meinem Versteck im Wandbrennholz hervorgekommen wäre, als Veruschko und Gromow sich in der Stadt aufhielten.

Ich weiß nicht, was geschehen wäre, wenn ich mich hätte sehen lassen. Mein Leben wäre kaum viel wert gewesen.

Aber es war eine Fügung, daß unsere Wege sich damals nur berührten, ohne sich zu kreuzen. Ich wußte zu jener Zeit nicht, daß Gromow und Veruschko es waren, die meine Verhaftung in die Wege geleitet hatten, und sie ahnten wiederum nicht, daß ich frei war. Aber der Lösung war ich an jenem Abend außerordentlich nahe, denn es kann nicht bezweifelt werden, daß jener Koffer, auf dem ich saß, und der fast zu meiner Entdeckung geführt hätte, mein eigener, der Schmuggelkoffer mit dem doppelten Boden war.

Das erklärt auch Gromows Eifer, den Koffer zu bekommen, und die Härte, mit der Veruschko seine Frau zurechtwieß, als sie Gromow den Koffer ihres Mannes anbot. Sicher hat Gromow seine Leute dann in meinem Koffer über die Grenze geschmuggelt. Ich hatte diese Art für zu gewagt gehalten und mich anstatt dessen um den Bestand von Hauptmann Jaroditsch bemüht. Aber Gromow wagte, was mir zu gefährlich war, und hatte Glück dabei. An jenem Abend, als unsere Wege sich in Maruffas Haus berührten, reiste er geradewegs mit Vera ins Ausland.

Schon eine Woche vorher hatte er meiner Mutter die falsche Meldung von Veras Tod mit meiner Photographie als Beweis geschickt. Die Beweisfotos war umso härter, als Vera es immer auf der Brust getragen hatte.

Der Zweck des anonymen Briefes an meine Mutter ist leicht verständlich. Vera Sorin sollte für alle, die ihr nahestanden, tot sein. Das wußte Gromow am besten.

Sobald er aber die finnische Grenze gekommen war, drabierte er an Vera, daß ich auf der Flucht über die Grenze verhaftet, nach Petrograd zurückgeschickt und hingerichtet worden sei. Warum sollte Vera diese Mitteilung bezweifeln? Derartige Vorkommnisse waren in jener Zeit an der Tagesordnung.

Als Gromow darauf selbst in Delsingfors ankam, erzählte er, daß er nur mit Hilfe eines falschen Passes über die Grenze gekommen sei. Erst jetzt erfuhr Vera, daß ihr Pass auf den gleichen Namen lautete.

Nun stand sie in der Welt allein da. Ohne Geld und unerfahren bis zur Hilflosigkeit. Darum trat Gromow auch

vom ersten Augenblick an als ihr Freund und uneigennütziger Beschützer auf. Er hielt sie zurück und führte sie in ihrer Trauer nicht. Er kannte die Kunst des Abwartens.

Als einige Zeit vergangen war und mein Bild zu verblasen anfang, wurde er ihr Mann.

In der ersten Zeit nach ihrer Flucht aus Rußland schrieb Vera an meine Mutter mehrere Briefe. Von meiner Mutter hatte Gromow Vera nur erzählt, daß sie damals ungefähr gleichzeitig mit mir verhaftet worden sei und er von ihrem weiteren Schicksal nicht wisse.

Vera richtete diese Briefe an ein altes Dienstmädchen meiner Mutter in Sorinsoje und übergab sie Gromow, der sich angeboten hatte, sie sicher zu befördern. Selbstverständlich wurden sie von ihm vernichtet.

Das war der Verlauf der Ereignisse, die Hauptmann Jaroditsch und ich noch einmal in Gedanken an uns vorüberziehen ließen, während wir die ganze Angelegenheit in meinem Dotezimmer noch einmal überprüften.

Als er mich dort abends verließ, waren wir übereingekommen, daß ich mit der Benachrichtigung Veras noch warten und daß auch der Hauptmann seine Frau noch nicht einweihen sollte. Am nächsten Tage würden er und ich gemeinsam einen Rechtsanwalt aufsuchen, um klarzustellen, welche rechtlichen Schritte jetzt gegen Veruschko und Gromow einzuleiten seien.

29.

**Die Maschen des Gesetzes.**

Am nächsten Tage kamen indessen zwei tiefenttäuschte Herren aus dem Kontor des berühmten Rechtsanwaltes, mit dem sie eine Besprechung gehabt hatten.

Ich will die scharfsinnigen Erwägungen nicht wiederholen, mit denen der Jurist mich aller Doffnungen, meinen Feinden mit Hilfe des Gesetzes an den Straken zu kommen, unermüdbar verzweifelte. Junack stellte er fest, daß weder Vera noch Maruffa als Zeugen gegen ihre eigenen Männer auftreten könnten und daß mit dem Standpunkt der Rechtspredung aus überaus keine schlagen Beweis gegen einen der Schuldigen zur Verfügung ständen. Dann aber führte er seinen letzten und entscheidenden Grund an. „Dier in Frankreich haben Sie jedenfalls nicht die allgeringste Aussicht“, sagte er entschieden. „Selbst wenn es Beweise gäbe, dann würde die Sache von den französischen Gerichten abgewiesen werden, weil der Diebstahl damals der russischen Polizei hätte gemeldet werden müssen. Die ganze Sache ist zu alt und darum in jedem Falle verjährter. Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen; aber in diesem Falle ist der mächtige Aufwand an Rechtsmitteln darauf eingekauft, die Schuldigen zu beschützen.“

Mit diesen Worten hatte der Anwalt angedeutet, daß die Besprechung zu Ende sei.

(Fortsetzung folgt.)

## Aus Stadt und Bezirk. Und wieder ward es Winter

Während sich in den letzten Tagen infolge raschen Steigens der Temperaturen und des warmen Regens außerordentlich schnell der Schneegang vollzog und die gewaltigen Schneemassen zusehends verrannen, sodaß Donau und Neckar wieder wurden und Hochwassergefahr drohte, ist es am Sonntag morgen des 1. März auf einmal wieder Winter geworden. Tags zuvor gab es von Friedrichshafen bis nach Regentheim früh morgens noch 6-8 Wärmegrade, tagsüber noch höhere Temperaturen, als gleichzeitig das Barometer ungewöhnlich tief zu fallen anfing und das Senkbleib einer Depression angeht. Unter stromendem Regen machte der Tiefdruck in den späten Abendstunden seine Wanderung durch das Land, dann gab es eine teiltägige mondbelte Nacht und der Sonntagmorgen brachte überaus reichen Schneefall. Märzschnee tut Frucht und Viehstock weh. Lange wird des Winters Herrlichkeit allerdings nicht dauern, denn der Frühling ist schon nahe. Das verfluchen die Amseln, die trotz Schneegedörses hoffnungsfroh ihr Lied in den Morgen herein ertönen ließen.

### März

Der März ist der Monat der Rebellion in der Natur. Wenn sich die harten Fesseln des Winters gelöst haben, dann legt der Erdgeruch vom Boden warm auf. Langsam und launisch noch, aber mit der Unwiderstehlichkeit des Naturgesetzes dringt der Frühling ins Land, läßt vereinzelt die ersten der zurückgekehrten Vögel zitschern und jagst die Strahlen der den Winter oft entsetzte Sonne als frohbegrüßten Gast. „Langmonat“ hieß der März im Kalender Karls des Großen, als der Monat der Tiere und Pflanzen aus ihren winterlichen Verstecken hervorlockt. Im alten Rom war der März der erste Monat des Jahres und dem Mars geweiht, der ursprünglich noch nicht als Gott des Krieges, sondern als der des Frühlings gefeiert wurde. Die alten Volksgeschichten, mit denen man früher der Freude über den Abzug des Winters Ausdruck gab, sind heutzutage schon lange aus der Übung gekommen. Für den Landmann, dessen Tagewort so eng mit dem Leben der Natur verbunden ist, gilt es im März seine Aufmerksamkeit auf die Bestellung des Bodens zu richten und das Saatgeschäft vorzunehmen. Der Tag wächst im März um weitere eineinhalb Stunden. Wie der Landmann den März beurteilt, erkennt man an dessen an einigen Bauernregeln, die da lauten: Märzschnee der Saat tut weh. — Märzregen bringt Gras und Heu. — Ist es im März frostig, wird es ein gesegnet Jahr. — Märzwind möcht warm von uns. — Gertraud taut von oben auf. — Maria das Licht bläst aus, Michael freßt's wieder an. — Friert es Märzherbst, so friert's noch 10 Rädler. — Gregor zeigt dem Landmann an, daß er im Felde sein kann. — Maria Verkündigung hell, gibt's Obst an alle Häl. — Ist es am Judas feucht, so bleiben die Kornböden leicht. — Tau's im März nach Sommer, bekommt der Feig ein weihen Bart. — Trodene März, naßer April, tühler Mai fällen Keller und Asten und machen viel Dem. — Firsche nicht den Schnee, darunter schlägt ein warmes Herz. — Märzdonner und Aprilregen sind beide dem Bauern geleg.

Wetterbericht.) Unter dem Einfluß einer starken nördlichen Depression ist für Dienstag und Mittwoch immer noch unbedeutend, zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

**Bienfeld, 2. März.** Ein 21-jähriges Mädchen, das in einer hiesigen Wirtschaft bedient ist, hat letzten Samstag Selbstmord begangen und wurde schwerkrank ins Krankenhaus verbracht. Unglückliche Liebe soll die Ursache dieses Verhängnisses gewesen sein.

**Konweiler, 2. März.** Am Samstagabend, etwa um 10 Uhr, brach in dem an das Doppelwohnhaus angebauten Schuppen- und Stallgebäude des Ludwig Wodamer, Kaufmann, Feuer aus, das sich bei dem bestehenden Südwind stark verbreitete und auch alsbald auf das Doppelwohnhaus übergriff, sodaß innerhalb weniger Minuten das ganze Anwesen in kauerliches Flammenmeer bildete. Trotzdem die Erlosenerwehr sehr rasch zur Stelle war, und sehr geschickt und energisch gegen das verberende Element vorging, war an eine Rettung des Anwesens nicht mehr zu denken, sodaß es bis auf den Grund niederbrannte. Die in unmittelbarer Nähe stehende Scheuer mit Stall des Friedrich Klink, fiel ebenfalls dem Feuer bis auf den Grund zum Opfer. Da durch den herrschenden Sturm die benachbarten Anwesen bedroht waren, mußte die Wasserlinie Kesselnütz gerufen werden. Die Bewohner des Hauses, Familie Ludwig Wodamer und Familie Wilhelm Gerwig, Fabrikarbeiter, konnten sich im letzten Augenblick noch retten, da sie schon im Bett lagen. Nach dem Vieh, das gerettet werden konnte, fiel sämtliches Mobiliar usw. dem Feuer zum Opfer. Ueber die Entstehungsursache ist die Untersuchung eingeleitet, doch ist bis jetzt noch nichts bekannt.

**Derrenbach, 2. Febr.** Die Ermöglichung der Kurturen für die kommende Kurzeit hat zur Folge gehabt, daß auch die Ausgaben für das Kurortverehr eine Einschränkung erleben müßten, jedoch unter voller Wahrung der Bedeugeinheit der maßhaltigen Darbietungen. An Stelle des Kapellmeisters S. Dumbartzel, Wien, der in sechs Jahren (1922, 1923-30) mit großem Erfolge die Kurmusik leitete, tritt Kapellmeister Friedrich Künig aus Göttingen, wo er auf eine mehr als 10jährige Wirksamkeit als Dirigent, Violinist und Komponist zurückblicken kann. Die Lokalpresse rühmt seine hervorragende musikalische Begabung, sein stilistisches Können und die Vorzüge einer durchaus sympathischen Persönlichkeit, die früher auch in Baden-Baden, Wiesbaden, Naumburg und Scharnhorst zur Geltung kamen. In den Monaten Mai, Juni und September wird ein Quintett konzertieren, während der Hauptkonzerte Juli und August soll der Bestand durch erlehene Kapelle auf 10 Mitwirkende erhöht werden.

**Wildbad (Sommerberg).** Schneehöhe 50 Zentimeter, davon Reuschnee 25-30 Zentimeter, Pulver, minus 5 Grad. Schneefall, Nordwestwind. Skibahn angezeichnet bis ins Tal.

**Wranthütte.** Schneehöhe 65 Zentimeter, davon 30 Zentimeter Reuschnee, Pulver, minus 6 Grad, Schneefall. Sehr gute Skibahn.

### Zu den kirchlichen Wahlen

Es ist nicht so, daß in allen 19 Kirchenbezirken Württembergs am 8. März d. J. Wahlen zum Landeskirchentag stattfinden. In einer Reihe von Bezirken ist nur ein Wahlvorstand eingerichtet worden; in diesen Bezirken untersteht die Wahl und die auf dem Wahlvorstand Genannten gelten als gewählt. So sind bereits jetzt sieben Abgeordnete der Gruppe II als gewählt zu betrachten und ähnlich steht es bei Gruppe I. Die Auffassung, die am letzten Freitag im „Enztaler“ vertreten wurde, daß es erfindlich sei, wenn ein Wahlgang stattfindet, wird also nicht überall geteilt. Bei kirchlichen Wahlen empfinden viele auch das andere erfindlich, wenn man sich auf einen bewährten Mann einigt und dadurch von vornherein Erregungen oder Diskussionen, die im Gefolge von Wahlversammlungen nur zu leicht sich einstellen, vermeidet.

Von anderer Seite wird auch geschrieben:

Bisher haben sich die Abgeordneten des Landeskirchentags in zwei Gruppen geteilt. Die Führer beider Gruppen und deren Grundzüge sind in Nr. 18 des „Enztaler“ veröffentlicht worden. Wenn dabei zum Ausdruck gebracht worden ist, daß zwischen beiden Gruppen gewählt werden kann, so soll damit gesagt sein, daß sich diesmal Wahlbewerber gegenüber, die sich der einen oder der anderen Gruppe anschließen werden. Nach die Gruppe I hat im Bezirk keine Organisation. Ob im Bezirk eine kirchenpolitische Gruppe besteht, wissen wir nicht. Der Wahlvorschlag Doppel-Dörrie-Klingemann ist von Angehörigen aller Stände des Bezirks nach eingehender Beratung aufgestellt worden. Dabei wurde allerdings vorausgesetzt, daß sich die Bewerber nach ihrer etwaigen Wahl der Gruppe I im Landeskirchentag, der auch unter Kirchenpräsident D. Wurm anberodert, anschließen. Dies ist übrigens so selbstverständlich, wie der Anschluß des Bewerberers Bosenhardt an seine seitherige Gruppe II. Die im Bericht im Samstag-Enztaler den Bewerbern Bosenhardt, Dorn und Größel zugeschriebenen Eigenschaften können die hinter dem Wahlvorschlag Doppel-Dörrie-Klingemann stehenden Wähler mit gutem Gewissen auch für diese Wähler in Anspruch nehmen. Wir überlassen es ruhig den Wahlberechtigten, zu bestimmen, wen sie in den Landeskirchentag entsenden wollen. Deshalb haben wir ja eine Wahl.

### Württemberg.

**Enztal O. A. Rogold, 1. März.** (Eine Hirschkopf lebendig gefangen.) Am Abgang vom Hirschkopf konnte dieser Tage eine Hirschkopf lebendig gefangen werden. Sie kam den tief verschneiten Bahnen bis an die Eng herunter, wo sie nicht mehr weiter konnte und, da sie von Kindern von allen Seiten gejagt wurde, als einzigen Ausweg die Eng selbst anfoh, in die sie rasch hinein sprang, und sich eine ganze Weile darin aufhielt, bis sie endlich eingeklemmt und auf einem Schütten ins Forstamt gebracht werden konnte.

**Stuttgart, 1. März.** (Geschäftsverlegung.) Der Württ. Spar- und Giroverband samt der Württ. Girozentrale — Württ. Landeskommandobank — und der Deutschen Sparkasse Württembergs haben ihre Geschäftsräume in dem neuen fertiggestellten Bauwerk der Zeppelinhaus an der Lautenschlagerstraße verlegt. Der Geschäftsleit. wird in den neuen Räumen am Montag den 2. März aufgenommen.

**Stuttgart, 1. März.** (Der Foll Wolf-Jacobowich-Kierle.) Der prahl. Kapit. Dr. Friedrich Wolf ist heute vormittag 10.15 Uhr aus der Haft entlassen worden, nachdem er die Kaution von 10000 Mark gestellt hat. In dem Fall Wolf-Kierle sind etwa 300 Frauen verurteilt. Bei einer Patentin, die im Verlauf der ärztlichen Behandlung durch Frau Dr. Kierle starb, handelt es sich um eine 21-jährige Kunstgewerblin. Die bisherige Annahme, daß dieses Mädchen bei sich selbst einen Eingriff vorgenommen habe, um eine Schwangerschaft zu beenden, und erst dann die Frau Dr. Sobowich aufgesucht habe, später jedoch infolge des eigenmächtigen Eingriffes nicht mehr zu retten gewesen sei, soll nicht richtig sein. Der Schwab. Tagewacht wird berichtet, daß bei der Kunstgewerblin gar keine Schwangerschaft vorlag, und daß sie die Ärztin nur wegen organischer Störungen bei ihrer Monatsregel, unter denen sie sehr litt, aufgesucht habe. Das Hospital einer Infektion habe dann binnen drei Tagen den Tod des Mädchens herbeigeführt.

**Tübingen, 1. März.** (Geborgene Leiche.) Am Freitag morgen fanden Arbeiter des Reichswehrwerkes der Kirchensteinstadt am Nechen die Leiche des seit Ende Januar vermissten Hilfsbibliothekers Dr. Konig vor. Der Bedienstete hatte feinerzig, wie aus seinen hinterlassenen Papieren hervorah, freiwillig den Tod im Nechen gesucht. Die Leiche wird zur Beerdigung nach Gmünd übergeführt.

**Kottenburg, 1. März.** (Hochwasser in Sicht.) Der Neckar ist seit gestern stark gestiegen und führt Schmutz- und gelbe Wasserläuse mit. Sollte das laue Wetter anhalten, so ist mit einem weiteren Steigen zu rechnen.

**Ulm, 1. März.** (Schlemmkreide statt Strichm.) Unter Verletzung solcher Tatsachen erwiderte sich in Ulm-Ulm ein Kaufmann aus Nürnberg von einem Viehhändler einen hohen Geldbetrag. Unter der Angabe eines gefälschten Geschäftsabschlusses wurde vom Viehhändler ein Darlehen von 700 Mark gefordert, wofür als Sicherheit ein Glas angeführtes Strichm im Wert von 2000 Mark überreicht worden ist. Als der Darlehensgeber von dem Schuldner nichts mehr hörte, schickte er sich an, das bezahlte hochwertige Glas zu veräußern, wobei er zu seinem Erstaunen hören mußte, daß es sich um ein Schlemmkreide handelt.

**Ulm, 1. März.** (Schwäbische Ermittlichkeit.) Anknabenberaten sind gestern abend nach 7 Uhr zwei Männer am Bismarckring. Die Mannsübersiedelungen arsten in Handgeißelungen aus. Letzten Endes schickten einige anstehende Arbeiter, die in der Nähe vorbeigingen, den Streif. So geschah etwas ganz außerordentliches: Die beiden Kaufstücken, durchaus nüchtern, luden die Friedensstifter zu einem gemeinsamen Abendessen ein, was den Männern der Arbeit willkommen war. Schließlich löste sich das Gänge in Wohlgefallen auf.

**Waiblingen, 1. März.** (Der dritte Vermählte aufgelunden.) Der Lagerist. Wilhelm Pflüger, der sich am 24. Dezember 1930 von zu Hause entfernte, wurde bei der Waldmühle aus der Ferns gezogen. Durch das Hochwasser wurde die Leiche angeschwemmt. In den Kisten wurde eine noch lesbare Quittungsharte gefunden.

**Vom bayerischen Allgäu, 1. März.** (Der Winter im Allgäu.) Seit dem Jahre 1907 hatte das Allgäu keinen so schneereichen Winter mehr, der zudem so spät einsetzte, wie heute. Manche Derschoffen waren in den letzten Tagen durchdringt völlig eingeschneit und vom Verkehr total abgeschnitten. Die Schnees rührte allerhand Schaden an, besonders der älteren Gebäulichkeiten. In Wesslen, in Dorskauen sind verschiedene Dächer eingestürzt worden. Der Landwirt Bogler in der Endöde Ringang bei Oberstorf hat wegen Verminderung sein Anwesen geräumt und bei seinem Nachbarn Wohnung genommen. Zwischen Bückbad und Heimerwang blieb der Nachzug in einer Schneeverwehung stehen, sodaß von heute an ein Hilfszug entsandt werden mußte. Der Schnee auf der kurzen Strecke der Staatsstraße von Fronen an der Tralergrenze war so dicht, daß zur Klärung mit dem Schneepflug 12 Pferde vorgepannt werden mußten. Der Postautoverkehr im Lech- und Tannheimetal ist vorerst eingestellt.

### Durchführung, Zwecke und Ziele der Reichshandwerkswoche

Stuttgart, 28. Febr. Auf Einladung der Handwerkskammer Stuttgart und des Stadtverbandes für Handwerk und Gewerbe von Groß-Stuttgart fand am Freitag nachmittag

unter dem Vorsitz von Handwerkskammerpräsident Weidmann in den Räumen der Handwerkskammer Stuttgart eine Besprechung über die Durchführung, die Zwecke und Ziele der Reichshandwerkswoche mit der Presse statt. Die Reichshandwerkswoche wird in der Zeit vom 14.-22. März d. J. unter der Schirmherrschaft des Reichspräsidenten v. Hindenburg, Ehrenmeister des deutschen Handwerks, abgehalten. Diese Kundgebung bedeutet, wie Stadtkam. Metzger mittelste, die erste Gemeinschaftsaktion des gesamten deutschen Handwerks. Sie soll die Öffentlichkeit hinweisen auf die Notwendigkeit des Handwerks für Volkswirtschaft und Kultur und auf seine Bedeutung für den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft. Das Handwerk will sich nicht gegen andere Wirtschaftszweige wenden, aber es will dazutun, daß die Handwerkswirtschaft nicht hinter der technischen Entwicklung und dem Wandel des Bedarfs zurückgeblieben ist, sondern den ihm ausgeprägten Kampf um den Markt aufnehmen kann und ehrlich führen will. Not und Elend haben das deutsche Volk zerissen und seinen Blick getrübt. Das Handwerk will zu denen gehören, die durch tätige schaffende Arbeit der Not zu fernern, durch besonnene Lebensführung den Geist frei zu machen und klaren Auges das Volk wieder zu einigen finden. Grundsätzlich kommt es darauf an, daß die vielfältigen Beziehungen des Handwerks zu Stadt und Land, zu Haus, Haushalt, Hausfrauen und Schule, zu Industrie und Landwirtschaft, weiter vor allem auch zu Kultur und Wissenschaft insbesondere im Hinblick auf die notwendige Belebung des Arbeitsmarktes und der Auftragserteilung wirkungsvoll dargestellt wird. Der Erfolg der Reichshandwerkswoche wird wesentlich davon abhängen, ob das Interesse für die Bedeutung des Handwerks dadurch wieder in weiteren Kreisen geweckt werden kann. Ueber 13 Millionen selbständige Handwerksbetriebe geben rund 8 Millionen Menschen Arbeit und Brot. Mehr als 100 Handwerksarten haben noch heute für das Schicksal wichtigste Werte gestellt. Diese den meisten völlig unbekannteren Zahlen sprechen eine eindringliche Sprache für die außerordentliche wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Handwerks. Angestrebt und erreicht werden soll, daß diese Notwendigkeiten jedem Deutschen aufs lebendigste bewußt werden. Dazu soll die Reichshandwerkswoche beitragen! Dem Volk in Stadt und Land soll durch einiges, kluges und nachvollziehbares Vorgehen aller Handwerkszweige im Verein mit ihren Organen, beteiligten Behörden, verehrten Körperschaften und Stellen eindrucksvoll vor Augen geführt werden: Das deutsche Handwerk lebt! Es braucht aber auch des ganzen Volkes Achtung und Wertschätzung und diese muß sich durch die Tat ausdrücken.

### Kreis Konferenz des Deutschen Landarbeitersverbandes

Der Kreis Stuttgart des Deutschen Landarbeitersverbandes (Württemberg und Hohenzollern) hielt in Stuttgart am 22. Februar 1931 seine jährliche Generalversammlung ab. Die Generalversammlung war von allen Teilen, besonders aber von Schwarzwaldb., sehr stark besucht.

Aus dem Geschäftsbericht, den Kreisleiter Wald erstattete, ist zu entnehmen, daß im Berichtsjahr der Versuch der Staatsforstverwaltung, die Löhne der Staatsforsthauer zu kürzen, abgewehrt wurde. Dem Antrag des Verbandes, die Holzhaueordnung (deren seitherige Bestimmungen vom Landesarbeitsamt als Jahresarbeitsvertragsverhältnis angelegt und deshalb den Holzhaue die Arbeitslosenunterstützung vorenthalten wurde) abzuschaffen, wurde stattgegeben. Der Antrag der Arbeitsbeschaffung der Holzhaue wurde ein besonderes Augenmerk geschenkt. Die Lohn- und Tarifbewegung der Landarbeiter und Meister war im Berichtsjahr sehr langwierig, konnte aber mit Erfolg abgeschlossen werden. Der seitherige unklare Manteltarif wurde durch einen besseren ersetzt. Für die Torfarbeiter war es im Berichtsjahr möglich, wieder einen Lohn- und Tarifvertrag zu schließen, der eine amtsständige tägliche bzw. wöchentliche wöchentliche Arbeitszeit vorsieht. Neben sonstigen tariflichen Bestimmungen hebt er eine Lohnerhöhung von 1-3 Pfg. pro Stunde für die Jungmädchen und Frauen vor. Der Betriebsratbewegung dankte der Vorstand große Aufmerksamkeit. Zur Schulung und Bildung wurden drei größere Betriebskonferenzen abgehalten. In zahlreichen Versammlungen wurde das Betriebsratgesetz behandelt. Ueberhaupt wurde versucht, in vielen Versammlungen Bildungsarbeit für die Land-, Wald- und Torfarbeiter zu leisten. Neben Vorträgen über die Sozialgesetzgebung kamen die Wirtschaftskrisen nicht zu kurz. In 31 Versammlungen wurden ausschließlich Vorträge über das Arbeitslosenversicherungsgesetz gehalten. Der § 9 a A.L.G. machte viel Arbeit, wurde er doch von den einzelnen Arbeitsämtern gegenüber den Landarbeitern oft sehr unzulässig ausgelegt. Einen breiten Raum nahm besonders die Reichsautarkität ein. Im Berichtsjahr wurden durch die Kreisleitung in 111 Fällen Rechtschönung gewährt. Daran waren 97 Personen beteiligt. Die Streitfälle verteilten sich folgendermaßen: Sozialgesetzgebung 33, Lohnlagen 40, Kündigung- und Entlassungsstreitigkeiten 14, sonstige Streitfälle 14. Erledigt wurden die Klagen vor den Versicherungsämtern 34, vor den Amtsgerichten 3, vor den Arbeits- und Landarbeitsgerichten 44. Eine große Anzahl von Streitfällen wurden verbindlich durch die Kreisleitung geschlichtet. Von 111 Streitfällen konnten 106 mit Erfolg und 5 ohne Erfolg durchgeföhrt werden. Der Wert der Erreichten beträgt 13102,84 Mark. Darin ist nicht der Wert enthalten, der in der Sozialversicherung erreicht wurde.

Die umfangreiche Arbeit der Kreisleitung ist aus dem Jahresbericht ersichtlich. Im Berichtsjahr sind eingegangen: Briefe 352, Druckfachen 640, Geldsendungen 1114, zusammen 2006. Der Postausgang zeigt folgende Zahlen: Briefe 606, Druckfachen 669, Geldsendungen 261, insgesamt 1496.

Die Tätigkeit ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich: Versammlungen wurden abgehalten in Ortsgruppen 111, sonstige Versammlungen und Sitzungen 198. Sozialisation wurde betrieben in 15 Fällen, Verbandskonferenzen und Sitzungen fanden 30 statt. Abrechnungen und Revisionen in Ortsgruppen 11. Tarifverhandlungen und Regelung von Differenzen 18. Schlichtungsarbeiten, Arbeitsgerichte, Gerichtsverfahren usw. 89, zusammen 496.

Schon allein aus den Ziffern ist zu ersehen, was für eine gewaltige Arbeit im Berichtsjahr für die Land-, Wald- und Torfarbeiterschaft geleistet werden mußte.

### Baden.

Karlsruhe, 28. Febr. Nach Schluß einer von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in einem Lokal in Durlach veranstalteten Versammlung wurden etwa 60-70 Teilnehmer, während sie sich auf der Karlsruher Landstraße am Deimweg von Karlsruhe befanden, von politischen Gegnern mit Steinen beworfen. Beim Eingreifen eines in der Nähe befindlichen Krastwagen-Polizeistreife ergriffen die Angreifer sofort die Flucht und konnten infolge der Dunkelheit entkommen. Von den Angegriffenen wurde niemand verletzt. — Auf der Dampfstraße in Durlach wurde ein von der Versammlung heimkehrender Nationalsozialist gegen 11 Uhr abends von sechs bis sieben unbekannteren Barikaden überfallen und unter Rufen „Heil Koslaw“ mit Häuten zu Boden geschlagen. Verletzungen kamen nicht vor.

**BETTEN  
REUSCH**  
Qualitäts-Erzeugnisse  
aus eigenen Werkstätten  
**FR. Breusch**  
Pforzheim, Metzgerstr. 7  
Erstes Haus am Platze.

